



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch**

**Dirr, Pius**

**München [u.a.], 1925**

25. Juli

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

In Bankkreisen glaubt man nur mit Widerstreben an den Ernst der Lage und betont den vollkommenen Mangel einer finanziellen Kriegsvorbereitung.

Die Veröffentlichung der Note wird wie eine Bombe wirken.

Nr. 20

**Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äußern**

Telegramm                      Wien, den 25. Juli 1914; 9<sup>30</sup> nachm.

Serbische Antwort ungenügend. Gesandter Baron Giesl von Belgrad abgereist. Serbien mobilisiert. Hof und Regierung nach Kragujevac abgegangen.

Tucher

Nr. 21

**Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äußern**

Telegramm                      Berlin, den 25. Juli 1914; 3<sup>20</sup> nachm.

Im Nachgange zum Telegramm von gestern.

Reichsleitung ersucht wegen einheitlichen Vorgehens im Reich Vermittlung bayerischer Behörden bei Zustellung österreichischer Einberufungsorders oder Bekanntmachung österreichischen Mobilisierungsbefehls zu unterlassen, solange nicht auch deutsche Mobilisierung. Dagegen Eisenbahnerleichterungen bei Heimschaffung österreichischer Wehrpflichtiger genehm.

Näheres hierüber direkt vom Reichseisenbahnamt.

Schoen

**Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern**

Bericht 273

Wien, den 25. Juli 1914

Angekommen 27. 7. 14.

Die Veröffentlichung der österreichisch-ungarischen Note an die serbische Regierung in den gestrigen Morgenblättern hat hier in Wien, da weder Zeit noch Inhalt genauer bekannt war, eine grosse Bewegung hervorgerufen.

Der entschiedene Schritt der Regierung wurde allgemein zustimmend besprochen und die Notwendigkeit betont, dass man aus dem Handel und Wandel lähmenden Verhältnis zu Serbien endlich einmal herauskommen müsse. Diese Entschlossenheit hörte man schon seit einiger Zeit am lautesten in den Kreisen der Industrie und Finanz äussern.

Den gestrigen Tag über war die Physiognomie der Stadt die gewöhnliche; abends machte sich in den öffentlichen Lokalen und Gärten, wo Musikkapellen konzertierten, eine gehobene Stimmung bemerkbar; überall wurden patriotische Weisen, zuerst „Prinz Eugen, der edle Ritter“, dann „O du mein Österreich“, der Radetzkymarsch und „Gott erhalte“ gespielt, woran sich würdevolle Demonstrationen knüpften.

Die Ansichten, dass Serbien die Forderungen nicht annehmen könne oder dieselben annehmen werde, hielten sich die Wage; auch bis heute nachmittag besteht vollkommene Unsicherheit und ist die Spannung aufs höchste gestiegen.

Noch bevor die Entscheidung hier bekannt sein wird, kann ich mir nicht versagen, auszusprechen, dass im Falle der Annahme der demütigenden Bedingungen Österreich-Ungarns seitens Serbiens zwar der Friede, zugleich aber auch der Zustand erhalten wird, der zu all den unheilvollen Beunruhigungen Veranlassung gibt.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Serbien die neuen Versprechungen besser hält, als die 1909 gegebenen, nicht nur, weil die Versprechungen unter Zwang gegeben sind, sondern auch, weil sie das Aufgeben von Aspirationen enthalten, die den Serben von heute in Fleisch und Blut übergegangen sind.

Ich fürchte vielmehr, dass die Pflicht und das Streben der österreichisch-ungarischen Regierung, Serbien zur Erfüllung seiner Versprechungen anzuhalten, beständige Reibereien mit sich bringen, die schliesslich doch zum Austrag mit den Waffen führen, aber in einem Augenblicke, den Russland bestimmt, weil er ihm besser konveniert als der gegenwärtige.

Tucher

**Der Gesandte in Paris an den König**

Bericht 317/XXIX

Paris, den 25. Juli 1914

Angekommen 29. 7. 14.

Der dem Präsidenten Poincaré nahestehende politische Korrespondent des Gaulois, Herr René d'Aral, hat in dem hier alleruntertänigst angeschlossenen Leitartikel<sup>1)</sup> zur Reise des Präsidenten nach Russland sehr treffend bemerkt, dass die grosse Menge nicht immer die Tragweite der einzelnen Etappen des gewaltigen Schachturniers zu erfassen vermöge, das sich zwischen den Kanzleien der Grossmächte abspiele.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die französische Politik einen engeren Anschluss zwischen Russland und England anstrebt, um dadurch die Schlagfertigkeit der Triple-Entente zu erhöhen.

Dieses Ziel ist hier während des Besuches des Königs von England in diesem Jahre verfolgt worden und es hat auch der jetzigen Reise des Präsidenten nach Russland vorgeschwebt.

Internationale Kundgebungen pflegen in Frankreich stets von langer Hand vorbereitet zu werden; sie werden regelmässig künstlich durch eine Reihe von Gefälligkeiten und Höflichkeitsakten angebahnt, die, aus dem Zusammenhange herausgerissen, rasch vergessen werden, aber doch für den gewollten Erfolg typisch und häufig unentbehrlich sind.

So ist von der Presse ein Vortrag kaum besprochen worden, den Lord Esher auf Einladung der Sorbonne kürzlich vor dem Besuch des Königs von England in Paris gehalten hat.

Die Rede des Lord Esher ist interessant und bitte ich dieselbe in einem Ausschnitt der Revue bleue vom 9. Mai ds. Js. alleruntertänigst hier anschliessen zu dürfen.

Eine weitere Gefälligkeit war die Veranstaltung einer englischen Ausstellung der dekorativen Kunst im Louvre mit den daran sich knüpfenden Auszeichnungen und Lobartikeln. (Bericht vom 13. v. Mts. Nr. 242).

Ihr folgte eine Ausstellung französischer Kunst in London unter dem Protektorat der Comtesse de Greffulhe. (Bericht vom 3. Juli ds. Js. Nr. 276).

Ferner wurde hier eine Ausstellung englischer Architektur im jeu de Paume des Tuileriengartens veranstaltet, die gleichfalls von der Presse und Fachliteratur sehr gefeiert wurde.

So wurde innerhalb weniger Monate dreimal die Kunst in auffallender Weise vor den Staatswagen der Politik gespannt.

Kaum war der englische Königsbesuch vorüber, veranstaltete in England das comité franco-anglais eine Rundreise durch England,

<sup>1)</sup> Die erwähnten Zeitungsausschnitte liegen dem Berichte bei.

welche die Franzosen mit allen Teilen der Bevölkerung vertraut machen sollte.

Ein diesbezüglicher Bericht aus London ist hier gleichfalls angeschlossen.

Ferner erschienen hier dutzendweise lange Artikel über die Neuhebridenfrage und ihre Vorgeschichte, welche der englischen öffentlichen Meinung zeigen sollten, wie sehr Frankreich zu weiteren Abmachungen und Zugeständnissen geneigt sei. Ein solcher aus dem Correspondant vom 25. vor. Mts. ist als Beispiel hier alleruntertänigst beigelegt.

Gleichzeitig wurden die Bürgermeister der grossen englischen Städte mit jenen von Petersburg, Moskau, Amsterdam, Gent, Lüttich, Madrid, Toledo usw. eine Woche hindurch von den hiesigen Stadtvätern gefeiert.

Auch diese Bürgermeisterzusammenkunft von verbündeten oder befreundeten Ländern war eine Neuheit und musste notwendig eine gewisse Rückwirkung auf die öffentliche Meinung der fraglichen Länder ausüben.

Einen Ausschnitt aus dem Excelsior vom 3. Juni ds. Js., der die anlässlich der Bürgermeisterzusammenkunft auf dem hiesigen Rathaus gehaltenen Reden enthält, ist hier beigelegt.

Kurz nach den Bürgermeistern erschien eine recht stattliche russische Studenten-Abordnung auf Einladung der Vereinigung für Tourismus in Paris, die durch ihre Uniform auffiel und überall aufs wärmste begrüsst wurde.

Dann traf der russische Marineminister hier ein, dem tagelang ganze Spalten in der französischen Presse gewidmet waren.

Der Ministerpräsident Viviani gewährte gleichzeitig der Nowoje Wremja das hier angeschlossene interessante Interview.

Schliesslich kam wie auf Bestellung die angebliche Erklärung des englischen Botschafters in Petersburg, dass die öffentliche Meinung in England für einen engeren Zusammenschluss mit Russland reif sei.

Inwiefern diese Erklärung des englischen Botschafters, sowie die Entsendung des englischen Geschwaders nach Russland und die Einladung des russischen Generalstabschefs zu den englischen Manövern auf französischen Einfluss zurückzuführen ist, lässt sich schwer feststellen. Immerhin ist es aber naheliegend, dass etwaige diesbezügliche Wünsche der französischen Politik nach allen vorangegangenen Liebeshwürdigkeiten schwerlich auf starken Widerstand weder in England noch in Russland gestossen sein dürften.

Wenn auch die offiziellen Trinksprüche in Petersburg nicht aus dem üblichen Rahmen solcher Kundgebungen herausfallen, so enthält doch die Ansprache des Präsidenten an die französische Kolonie auf der französischen Botschaft manche lehrreichen Andeutungen, die tief in den Organismus der französischen auswärtigen Politik hineinleuchten.

Es ist dies der Hinweis auf den gewaltigen Einfluss der instituts français in Petersburg, London, Madrid und Florenz, die gewisser-

massen das Gerippe der zunehmenden französischen Propaganda im Ausland bilden.

Die in der Rede enthaltene Zusammenstellung aller Faktoren des französischen Einflusses in Petersburg in Gestalt von Schulen, Vereinen usw. verdient ebenfalls Beachtung.

Die diesbezügliche Rede des Präsidenten ist hier alleruntertänigst beigelegt.<sup>1)</sup>

Bemerkenswert ist auch, dass bereits der Gedanke aufgetaucht ist, ein analoges, russisches Institut in Paris zu gründen, das die Franzosen im eigenen Lande über alle russischen Eigentümlichkeiten und Bedürfnisse aufklären soll.

So wird von russischer und französischer Seite nichts versäumt, um den Bund immer mehr zu befestigen und durch bleibende Einrichtungen gegen alle Eventualitäten der Zukunft zu sichern.

Die Rückreise des Präsidenten über Stockholm, Kopenhagen und Norwegen charakterisiert den geheimen Wunsch der französischen Politik, auch diese Länder im Bann der Triple-Entente zu sehen.

Der Zufall wollte es, dass ich kürzlich mit dem ehemaligen Privatsekretär des Ministerpräsidenten Kokowzeff, Graf Üxküll, zusammentraf, der jetzt an der hiesigen russischen Botschaft attachiert ist.

Letzterer teilte mir bezüglich der russischen Grenzbahnen und den darüber erschienenen bekannten Artikel des Correspondant (Bericht vom 25. März l. Js. Nr. 107) mit, dass Herr Kokowzeff den Inhalt dieses Artikels durchaus nicht gebilligt habe.

Auf der Reise von Rom hätte Herr Kokowzeff ihn beauftragt, in seinem Namen in diesem Sinne an den russischen Botschaftsrat in Berlin zu schreiben.

Die Grenzbahnen seien ursprünglich Privatbahnen gewesen und die Regierung sei denselben nur um deswillen beigelegt, um den Betrieb derselben aufrecht erhalten zu können.

Ritter

Nr. 24

### **Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern**

Bericht 83

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

Angekommen 27. 7. 14.

Über das österreichische Ultimatum hat gestern eine russische Ministerratssitzung stattgefunden. Der Ministerrat hat beschlossen, den Grossmächten mitzuteilen, dass die russische Regierung in dem österreichisch-serbischen Konflikt eine internationale Angelegenheit erblicke, weil und soweit das Ultimatum sich auf die durch Art. 25

<sup>1)</sup> Liegt bei.

des Berliner Traktats behandelten Verhältnisse beziehe. Gleichzeitig fordert die russische Regierung eine Verlängerung der in dem Ultimatum gestellten 48stündigen Frist.

Die heutigen Morgenblätter bringen eine offizielle Erklärung der russischen Regierung zu dem Ultimatum, deren Wortlaut ich Euer Exzellenz in der Anlage ganz gehorsamst überreiche.<sup>1)</sup>

Der Schlusssatz dieser Erklärung, dass Russland dem österreichisch-serbischen Zusammenstoss gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann, spiegelt die tatsächlich im russischen Kabinett durch das in solcher Schärfe nicht erwartete Ultimatum hervorgerufene Erregung wieder.

In der Presse, die ihre unfreundlichen Gefühle schon seit dem Attentat von Serajewo nicht zu beherrschen vermochte, wird der während der Balkankrise angesammelte Hass gegen Österreich von neuem aufflammen. Bis jetzt liegen mir nur die Äusserungen der hier erscheinenden deutschen Zeitungen vor. Während die „Petersburger Zeitung“ zwar den Ernst der Situation und die Gefahr eines europäischen Konflikts betont, aber das Vorgehen Österreichs verständlich zu beurteilen bemüht ist, prophezeit der „Herold“ Österreich die tödliche Feindschaft der slawischen Welt für die Demütigung und Verhöhnung Serbiens und nennt das Ultimatum ein Verbrechen gegen den Weltfrieden.

Grunelius

Nr. 25

### Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Berlin, den 26. Juli 1914; 1<sup>50</sup> nachm.

Zum Telegramm von gestern.

Reichsleitung und Kanzler persönlich ersuchen dringendst, jede Mitwirkung bayerischer Behörden bei Zustellung oder Bekanntmachung österreichischer Mobilmachungsorder zu unterlassen, da solche Neutralitätsbruch erschiene.

Österreichische Botschaft hier völlig einverstanden. Österreichische Regierung hat Konsulate in diesem Sinne angewiesen.

Strengste Geheimhaltung der Eisenbahnerleichterungen erforderlich.

Schoen

<sup>1)</sup> Sie lautete: „Die Regierung ist über die eingetretenen Ereignisse und die Absendung des Ultimatus Österreich-Ungarns an Serbien sehr besorgt.“

Die Regierung verfolgt sorgsam die Entwicklung des serbisch-österreichischen Zusammenstosses, dem gegenüber Russland nicht gleichgültig bleiben kann.“